

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	VII
---------------	-----

Teil I

Grundlagen

§ 1 Einleitung	1
§ 2 Theoretische Grundpositionen	5
I. Dürigs demokratische Theorie des öffentlichen Interesses	5
1. Die Dissertation Dürigs	5
2. Stellungnahme	8
II. Das „wahre“ Interesse bei Hans J. Wolff	9
1. Das Lehrbuch von Hans J. Wolff	9
2. Stellungnahme	11
III. Martens' repräsentativ-demokratische Theorie des öffentlichen Interesses	12
1. Die Habilitationsschrift Martens'	13
2. Stellungnahme	14
IV. Häberles rechtsempirischer Ansatz auf demokratiethoretisch-normativer Grundlage	16
1. Die Habilitationsschrift Häberles	16
2. Stellungnahme	20
§ 3 Begriffliche und thematische Vorklärung	23
I. Wohl – Interesse – Belang	23
II. Das öffentliche Interesse als Inbegriff der öffentlichen Interessen	26
III. Das Öffentliche	27
IV. Allgemeinheit und Staat	28
V. Öffentliches Interesse und öffentliche Aufgabe	32
VI. Zum Unterschied von öffentlichem und privatem Interesse – „Das Ganze ist mehr als die Summe seiner Teile“	35

Teil II

Öffentliche, staatliche und private Interessen (37)

§ 4 Öffentliches und staatliches Interesse	40
I. Das Wohl des Staates als Schutzgegenstand von Geheimhaltungs- vorschriften	40
II. Interessen und Belange der Bundesrepublik Deutschland im Sinne des Ausländergesetzes	44
§ 5 Die Scheidung öffentlicher und privater Interessen in der Trennung von Amt und Person	47
I. Die Idee des Amtes	47
II. Der Ausschluß von Beamten bei besonderer Interessenverflechtung	50
III. Das gemeinderechtliche Mitwirkungsverbot in der Bauleitplanung	51
IV. Strukturelle Befangenheit des Parlaments	53
V. Ergebnis	57
§ 6 Private Interessen als Interessen in einer staatsfreien Gesellschafts- sphäre	58
I. Staat und Gesellschaft	58
II. Das Verhältnis von privaten und öffentlichen Interessen in der Grundrechtsdogmatik	61
1. Grundrechte als Freiheitsrechte	61
2. Grundrechtseingriff im öffentlichen Interesse	62
3. Grundrechtseingriff im Individualinteresse	64
4. Grundrechtliche Schutzpflichten	66
5. Ergebnis	69
III. Der Privatrechtsverkehr als privater Raum?	69
1. Der staatliche Rahmen des Privatrechtsverkehrs	70
2. Die Privatautonomie	71
3. Grenzen der Privatautonomie	73
4. Ergebnis	76
IV. Die Rechtsprechung zum parlamentarischen Untersuchungsrecht	77
1. Öffentliches Interesse und Aufgabenbereich des Parlaments	77
2. Grundrechtliche Einbindung des öffentlichen Interesses	80
3. Ergebnis	83
§ 7 Der Kreis der Interessenträger	84
I. Öffentliche Interessen als Interessen eines großen, unbestimmten Personenkreises	84
II. Individualinteresse und Individualrechtsschutz – Das Kriterium des abgegrenzten Personenkreises	88

1. Kriterien zur Einschränkung des Rechtsschutzes	89
a) Kein bloßer Ausschluß der Popularklage	89
b) Das prozessuale Kriterium der Rechtsverletzung	90
c) Materiell-rechtliche Kriterien der Schutznormlehre	92
d) Materiell-rechtliche Kriterien beim Gebot der Rücksichtnahme	95
2. Motive der Einschränkung	98
a) Schutz des Begünstigten vor Drittanfechtungen und Schutz der Verwaltung	98
b) Schutz der Justiz vor Überlastung und Überforderung	100
c) Die Rolle des Rechtsschutzes in der repräsentativen Demokratie	101
3. Ergebnis	104
III. Die Drittbezogenheit der Amtspflicht als haftungsbegrenzendes Kriterium im Amtshaftungsrecht	105
1. Die Drittbezogenheitsformel des BGH	105
2. Insbesondere der Haftungsausschluß für legislatives Unrecht	106
3. Ergebnis	107
§ 8 Das formelle Kriterium der Interessenwahrnehmung	109
I. Öffentliche und private Interessen bei der Anordnung der sofortigen Vollziehung	110
1. Die Rechtsprechung zur sofortigen Vollziehung atomrechtlicher Bescheide	111
2. Würdigung	114
II. Das öffentliche Interesse an der Enteignung – Die sogenannte privatnützige Enteignung	117
1. Bestandsaufnahme und Problemstellung	117
2. Der Sachwalter des Interesses	118
3. Notwendigkeit einer weitergehenden Eingrenzung des öffentlichen Interesses	120
4. Ergebnis	123
§ 9 Unsicherheiten bei der Zuordnung fiskalischer Interessen zum öffentlichen Interesse	124
I. Befund	124
II. Die Fiskustheorie	126
III. Finanzielle Interessen als öffentliche Interessen	128
§ 10 Die Verknüpfung öffentlicher und privater Interessen	132
I. Bilanz der Abgrenzungsversuche	132
II. Rechtliche Verknüpfung von öffentlichen und privaten Interessen beim vorläufigen Rechtsschutz nach § 32 BVerfGG	134

Teil III

Öffentliches Interesse als Kompetenzproblem (141)

§ 11 Fallbeispiele	147
I. Der Enteigungszweck – Materielle Vorgaben der Verfassung und Konkretisierungsverantwortung des Gesetzgebers	147
II. Dienstpostenbewertung und beamtenrechtlicher Rechtsschutz – Das gesetzliche Regelungsinstrumentarium als Rahmen für die administrative Konkretisierung des öffentlichen Interesses	149
III. Die Befreiung nach § 31 Abs. 2 Nr. 1 BauGB – insbesondere Wahrung des Gesetzeszwecks und Berücksichtigung fachfremder Belange	151
IV. Das öffentliche Interesse bei der straßenrechtlichen Sondernutzungserlaubnis im Geflecht kompetenzieller Vorgaben	155
1. Die Erteilung der Sondernutzungserlaubnis als Ermessensentscheidung ...	156
a) Straßenrechtliche Gründe i.e.S.	156
b) Straßenbezogene Gründe i.w.S.	157
c) Interessen des Antragstellers und sonstiger Dritter	160
d) Sonstige Belange	162
aa) Allgemeine ordnungsrechtliche Gesichtspunkte	162
bb) Wettbewerbsrechtliche Gesichtspunkte	163
cc) Mittelbare Berücksichtigung sonstiger Belange als Versagungsgrund	165
dd) Ablehnung der Sondernutzungserlaubnis mangels Sachbescheidungsinteresses	165
2. Landesrechtliche Besonderheiten	166
3. Ergebnis	168
V. Die Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts zur Warnung vor Jugendsekten – Kompetenzzuweisung im Spannungsfeld von Staatsleitung, Gesetzesvorbehalt, Verwaltung und bundesstaatlicher Ordnung	169
§ 12 Verfassungsrechtliche Grundlagen einer Kompetenztheorie des öffentlichen Interesses	175
I. Demokratie	176
1. Die zentrale Stellung des Parlaments	177
2. Wesentlichkeitstheorie und öffentliches Interesse	181
II. Gewaltenteilung	183
III. Die Verknüpfung demokratischer und rechtsstaatlicher Elemente in der gewaltenteilenden Demokratie	186
1. Die Stellung der Verwaltung	186
2. Die Stellung der Fachgerichtsbarkeit	188
3. Die Stellung der Verfassungsgerichtsbarkeit	190
IV. Der freiheitliche Staat	192
V. Materielle Verfassungsgerechtigkeit	197
VI. Bundesstaat	201

§ 13 Das öffentliche Interesse im Licht einzelner Kompetenzabgrenzungen	205
I. Die Trennung von öffentlichem Recht und Zivilrecht	205
1. Der kompetenzielle Gehalt der Abgrenzungstheorien	205
2. Der Schutz privater Rechte durch Polizei- und Ordnungsbehörden	209
II. Öffentliches Interesse und Gesetzeszweck als Steuerungsinstrument der verwaltungsinternen Kompetenzverteilung	215
1. Ausdrücklich qualifizierte Gemeinwohlklauseln	216
2. Das gesetzliche Regelungssystem	217
3. Die teleologische Auslegung	220
III. Das öffentliche Interesse in der gesetzlichen Verteilung des Letztentscheidungsrechts zwischen Verwaltung und Verwaltungsgerichtsbarkeit	223
1. Vier Modellnormen	223
2. Der unbestimmte Rechtsbegriff	226
3. Das Ermessen	227
4. Die Koppelungsvorschrift	229
a) Theoretische Ausdifferenzierung	231
b) Praktische Tragweite	234
5. Der Beurteilungsspielraum	238
a) Die Dogmatik des Beurteilungsspielraums	238
b) Verwandte Erscheinungen	240
§ 14 Die Perspektive des Europarechts	245
I. Die Rechtsprechung des EuGH zum öffentlichen Interesse	245
1. Abwägung von Individualinteresse und Gemeinschaftsinteresse	245
a) Vorläufiger Rechtsschutz	245
b) Rücknahme gemeinschaftsrechtswidriger Subventionsbescheide	248
2. Das Allgemeininteresse in der Rechtsprechung des EuGH	250
a) Zwingende öffentliche Interessen als Rechtfertigung für eine Beschränkung der Grundfreiheiten	251
b) Das Allgemeininteresse zwischen Mitgliedstaaten und Gemeinschaft ..	253
II. Gemeinschaftsinteressen als Sonderinteressen – Die begrenzten Zuständigkeiten der Europäischen Gemeinschaft und der Europäischen Union	256
III. Die mitgliedstaatlichen Interessen	258
1. Der Staat als Einheit – Repräsentation des nationalen öffentlichen Interesses durch den Bund	258
2. Staatliche Interessen als Sonderinteressen	262
IV. Das öffentliche Interesse auf europäischer Ebene	262

Teil IV

Öffentliches Interesse als Abwägungsproblem (268)

§ 15 Abwägung im Recht	269
I. Kritik und Rechtfertigung der Abwägung als Rechtstechnik	269

1. Die Thesen Schlinks	271
2. Von der Abwägungskritik zur Frage nach der richterlichen Zuständigkeit ..	274
a) Abwägung im Verfassungsrecht	274
b) Abwägung im Verwaltungsrecht	276
3. Abwägung zwischen subjektiver, politischer Dezision und rationaler richterlicher Entscheidung	278
4. Die Rationalisierung notwendiger Abwägungen als dogmatisches Ziel	283
II. Struktur der Abwägung	285
1. Anküpfung an Überlegungen zur rationalen Entscheidungsbegründung ...	285
2. Die planungsrechtliche Abwägungsdogmatik	286
III. Das öffentliche Interesse als Abwägungsblankett	289
 § 16 Normative Steuerung der Abwägung	 291
I. Bestimmung von Abwägungsgesichtspunkten	291
1. Verfassungsrechtliche Vorgaben	291
2. Fachrechtliche Vorgaben	293
II. Normative Bewertung von Abwägungsgesichtspunkten	296
1. Verfassungsrechtliche Interessenbewertung	296
a) Verfassungsimmanente Schranken	296
b) Die Dreistufentheorie	298
aa) Die klassische Dreistufentheorie	298
bb) Unsicherheiten in der neueren Rechtsprechung	301
cc) Leistungsfähigkeit der Dreistufentheorie	303
2. Fachrechtliche Interessenbewertung	306
a) Ausdrückliche Interessenqualifizierung – Der besondere Ausweisungsschutz nach § 48 Abs. 1 AuslG	306
b) Der Gesamtzusammenhang der Regelung – Die Namensänderung in „Stiefkinderfällen“	308
III. Prozedurale Strukturierung des Abwägungsvorganges	310
1. Externe und interne Abstufung von Abwägungsvorgängen	311
2. Insbesondere die Abstufung der Interessenabwägung im Denkmalrecht	313
 Zusammenfassung – Öffentliches Interesse zwischen Anspruch und Wirklichkeit	 316
 Literaturverzeichnis	 325
 Sachverzeichnis	 351